

Bidens Plan, Amerikaner in Elektrofahrzeuge zu zwingen, steht unter Beschuss von allen Seiten

geschrieben von Andreas Demmig | 25. September 2023

„Es gibt nichts typisch Amerikanisches als die Freiheit der offenen Straße, und diese wichtige Gesetzgebung schützt die Freiheit aller Amerikaner, die Fahrzeuge ihrer Wahl zu fahren“ John Patrick Joyce, US-amerikanischer Politiker (Republikanische Partei)

DAILY CALLER NEWS FOUNDATION

Nick Pope Mitwirkender

Der Vorstoß von Präsident Joe Biden für Elektrofahrzeuge (EV) wird diese Woche im Kongress, in Gerichtssälen und an einem Gewerkschaftsverhandlungstisch von allen Seiten erheblich angegriffen.

Die Biden-Regierung beabsichtigt, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor schrittweise vom Markt zu nehmen, mit dem Ziel, dass Elektrofahrzeuge bis 2030 mindestens 50 % aller Neuwagenverkäufe ausmachen. Nach 2030 sollen die Behörden noch ehrgeizigere Ziele verfolgen. Der Vorstoß der Regierung für Elektrofahrzeuge steht vor großen Herausforderungen im Kongress, vor den Gerichten und bei Vertragsverhandlungen zwischen der United Auto Workers (UAW) und den „Großen Drei“ der amerikanischen Automobilhersteller, die die Fortschritte der Regierung bei der Umgestaltung des amerikanischen Automarkts zunichtemachen könnten.

Das Repräsentantenhaus wird am Donnerstag über den Preserving Choice in Vehicle Purchases Act [Gesetz zur Wahrung der Wahlfreiheit beim Fahrzeugkauf] abstimmen, der nach jetziger Formulierung den „Clean Air Act“ ändern würde, um die Abschaffung des Verkaufs von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor zu verhindern. Kalifornien erhält im Rahmen des Clean Air Act Ausnahmeregelungen, die es dem Staat ermöglichen, bei den Abgasvorschriften der Fahrzeuge strengere Standards als die Bundesstandards festzulegen. 17 weitere Bundesstaaten sind dem Beispiel Kaliforniens in Bezug auf diese Standards gefolgt, so die Washington Post.

Die Gesetzgebung würde die Environmental Protection Agency (Umweltbehörde EPA) daran hindern, künftig Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Auch würde die EPA dazu gezwungen, alle seit Januar 2022 erteilte Ausnahmegenehmigungen aufzuheben, die „direkt oder indirekt den Verkauf oder die Nutzung neuer Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren einschränken würden“. „, heißt es im Gesetzestext.

Die EPA schlug im April strenge Abgasnormen vor, die amerikanische Autohersteller faktisch dazu verpflichten würden, dass ihre Neuwagenflotten nach dem Modelljahr 2032 zu 67 % aus Elektrofahrzeugen bestehen. Im August 2022 kündigte Kalifornien ein Verkaufsverbot für neue Benzin betriebene Fahrzeuge nach 2035 an. Eine Politik, zu der sich laut CNET auch acht andere Staaten verpflichtet haben .

„Das Letzte, was meine Wähler wollen, ist ein weiteres repressives Mandat der Biden-Regierung, das eine radikale Umweltagenda und linksextreme Sonderinteressen über ihre individuellen Freiheiten stellt“, sagte der republikanische Abgeordnete John Joyce aus Pennsylvania, der den Gesetzentwurf eingebracht hatte, gegenüber der Daily Caller News Foundation. *„Es gibt nichts typisch Amerikanisches als die Freiheit der offenen Straße, und diese wichtige Gesetzgebung schützt die Freiheit aller Amerikaner, die Fahrzeuge ihrer Wahl zu fahren.“*

Bidens EV-Vorstoß steht mit den hitzigen Vertragsverhandlungen der United Auto Workers (UAW) mit den „Großen Drei“ [General Motors Company (GM), Stellantis (STLA), früher Fiat Chrysler, und Ford Motor Company (F)], vor einer weiteren Herausforderung. Die Gewerkschaft hat eine Frist für einen neuen Vertrag festgelegt, die am Donnerstag um Mitternacht ablaufen wird. Wenn die Frist abläuft und kein neuer Vertrag zustande kommt, wird die Gewerkschaft wahrscheinlich 150.000 ihrer Arbeitnehmer zum Streiken veranlassen .

Elektrofahrzeuge stehen im Mittelpunkt der Bedenken der UAW in den Verhandlungen, da die Gewerkschaft der Ansicht ist, dass die Zukunft der Elektrofahrzeuge, die durch enorme Subventionen für Hersteller gefördert werden, auf lange Sicht möglicherweise nicht den Interessen ihrer Arbeitnehmer dient. Im Juni kritisierte UAW-Präsident Shawn Fain die Regierung dafür, dass sie mit ihrer EV-Agenda *„den Wettlauf nach unten aktiv mit öffentlichen Geldern in Milliardenhöhe finanziert“*, und die Gewerkschaft hat sich in Bidens Wahlkampf 2024 trotz ihrer historischen Unterstützung für demokratische Kandidaten bisher zurückgehalten .

Die Regierung hat 12 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, um Herstellern die Umrüstung ihrer Anlagen für die Produktion von Elektrofahrzeugen zu ermöglichen. Weitere 7,5 Milliarden US-Dollar aus dem überparteilichen Infrastrukturgesetz für den Aufbau eines nationalen Ladenetzwerks. Während das Inflation Reduction Act (IRA) Steuergutschriften im Wert von 12,5 Milliarden US-Dollar vorsieht, um Verbraucher dazu zu verleiten laut UtilityDive auf ein Elektrofahrzeug umsteigen . Biden hat seine Absicht erklärt, *„der gewerkschaftsfreundlichste Präsident“* in der amerikanischen Geschichte zu sein, aber der UAW Präsident Fain sagte laut Axios, dass *„wir wollen, dass die nationale Führung uns dabei unterstützt, bevor wir irgendwelche Verpflichtungen eingehen “*

Biden's-EV-Agenda steht auch vor zwei großen Herausforderungen in

Fällen, die vor dem United States Court of Appeals for the District of Columbia Circuit DC Circuit [~Berufungsgericht] am Donnerstag verhandelt werden. Im *Fall Texas gegen EPA* stellen 15 republikanische Generalstaatsanwälte die Rechtmäßigkeit eines Schritts der EPA vom Dezember 2021 in Frage, strenge Schadstoffnormen für Personenkraftwagen und Pickup-Trucks festzulegen, so das Constitutional Accountability Center. [NGO – gemeinnützige Denkfabrik mit Sitz in Washington, D.C., die versucht, eine fortschrittliche Auslegung der Verfassung der Vereinigten Staaten voranzutreiben. En.Wiki]

Der texanische Generalstaatsanwalt Ken Paxton, der die Koalition herausfordernder Generalstaatsanwälte anführt, hat behauptet, dass die Behörde ihr Mandat des Kongresses überschreitet, indem sie amerikanische Verbraucher faktisch dazu anordnet, auf Elektrofahrzeuge umzusteigen. Die Herausforderer berufen sich auf die „major questions doctrine“ (~wesentliche Fragen) und hoffen, erfolgreich hervorheben zu können, dass der Kongress der Umweltbehörde keine ausdrückliche Erlaubnis erteilt hat, eine neue Politik von solch nationaler Bedeutung zu verfolgen, so das Constitutional Accountability Center.

Im zweiten Fall, *Natural Resources Defense Council gegen National Highway Traffic Safety Administration* (NHTSA – zivile US-Bundesbehörde für Straßen- und Fahrzeugsicherheit), *verklagen mehrere von den Republikanern* kontrollierte Bundesstaaten und eine Handelsgruppe gemeinsam die NHTSA wegen ihrer Abgasnormen für Autos, die zwischen 2024 und 2026 hergestellt werden. Der Fall könnte die Möglichkeit der Bundesregierung festigen, in Zukunft Standards für die Fahrzeug-Abgasregelung vorzuschreiben, wenn höhere Gerichte die Regeln in ihrer schriftlichen Form aufrechterhalten.

NHTSA schlug im Juli außerdem Aktualisierungen der CAFE-Standards (Corporate Average Fuel Economy – gesetzliche Regelung zur Begrenzung des Flottenverbrauchs) vor, die einem „EV-Mandat“ gleichkommen, sagte Dan Kish, Senior Fellow am Institute for Energy Research, damals gegenüber dem Daily Caller. Die vorgeschlagene Regel würde die Automobilherstellern zwingen, den durchschnittlichen Flottenverbrauch zu halbieren, auf das von der US-Umweltschutzbehörde für 2022 geschätzten Effizienzniveau, um „bis 2032 potenziell eine durchschnittliche Flottenkraftstoffeffizienz von 58 Meilen pro Gallone [~ 4 l / 100km) zu erreichen“. Pressemitteilung des Verkehrsministeriums (DOT).

NHTSA äußerte sich nicht zu anhängigen Rechtsstreitigkeiten, teilte die Agentur dem DCNF mit.

Das Weiße Haus, CARB und UAW reagierten alle nicht sofort auf Anfragen nach Kommentaren, während die EPA den DCNF an das Justizministerium verwies.

Alle von der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und unparteiischen Nachrichtendienst, erstellten Inhalte stehen jedem seriösen Nachrichtenverleger, der ein großes Publikum erreichen kann, kostenlos zur Verfügung. Alle erneut veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen unseres Reporters und dessen DCNF-Zugehörigkeit enthalten.

<https://dailycaller.com/2023/09/14/biden-electric-vehicle-union-congress-court-challenges/>

Übersetzt durch Andreas Demmig